

Stern, L.

Article — Digitized Version

Japan sucht neue Wege

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stern, L. (1953) : Japan sucht neue Wege, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 1, pp. 14-15

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131651>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verschiedene Vorstellungen vom vereinten Europa

Mit der letzten Regierungskrise haben in Frankreich Kräfte Einfluß gewonnen, die der politischen Integrierung Europas — euphemistisch ausgedrückt — vorsichtiger gegenüberstehen. Der neue Regierungschef ist damit von vornherein in eine Zwangslage gebracht worden, da der verstärkte Druck Amerikas, die politische Integrierung Europas beschleunigt durchzusetzen, sich recht massiver wirtschaftlicher Pressionen bedienen zu wollen scheint. Der französische Regierungschef wird deshalb alles daran setzen, um Zeit zu gewinnen. Die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik dürfte durch diese Verschiebung im europäischen Kräftespiel bestimmt keine Stärkung erfahren haben. Selbst wenn Frankreich aus wirtschaftlichen Erwägungen sich für eine Ratifizierung der EVG-Verträge in absehbarer Zeit entscheiden sollte, wird es sich dieses Zugeständnis abkaufen lassen, wobei eine für Frankreich günstige Regelung der Saarfrage an vorderer Stelle stehen dürfte.

Es darf zum mindesten bezweifelt werden, ob die offiziellen Äußerungen in den USA., die die Höhe der Dollarhilfe von einer raschen Ratifizierung abhängig gemacht wissen wollen, einen Schritt besonderer diplomatischer Klugheit darstellen. Ganz abgesehen davon, daß die Moskauer Propaganda, die jahrelang von der „Dollar-Vergewaltigung“ der von den USA. wirtschaftlich abhängigen Staaten predigt, diesen recht willkommenen „Beweis“ gebührend ausschlachten wird, dürften diese Äußerungen der europäischen Feinfühligkeit etwas zu viel zumuten. Die Gelegenheit der politischen Integrierung Europas, die sich nach 1945 bot, ist ungenutzt vergangen. Mit der wirtschaftlichen Erstarkung der europäischen Nationalstaaten ist das politische und nationale Selbstbewußtsein gewachsen, das jede Verhandlung über die politische Integrierung zu einem Machtkampf um wirtschaftliche Positionen werden läßt.

Wir müssen uns fragen, ob die amerikanische Konzeption vom Vereinigten Europa heute noch sinnvoll und zweckmäßig ist. Die europäischen Nationalstaaten sind keine halbkolonialen Gebiete, sondern in einer langen historischen Entwicklung unter schweren Kämpfen entstanden und zu Trägern einer hohen Kultur geworden. Dieses historisch-nationale Gefühl, das nichts mit einem nationalen Chauvinismus gemein zu haben braucht, muß bei der schrittweisen Integrierung Europas in Rechnung gestellt werden. So kann beispielsweise nicht erwartet werden, daß eine Nation im Interesse dieser überstaatlichen Konstruktion bereit ist, etwa die Hälfte seines Staatsgebietes abzuschreiben. Es ist natürlich keine Frage, daß Europa seine Verteidigungskräfte auf das äußerste konzentrieren und intensivieren muß. Es ist aber die Frage, ob ein erzwungenes künstliches Gebilde, das in den einzelnen Teilnehmerstaaten schwere innerpolitische Auseinandersetzungen auslöst, eine wirklich schlagkräftige Intensivierung bedeutet. Eine schlagkräftige Verteidigung ist noch in keinem Falle allein durch zahlenmäßige Überlegenheit, militärische Technik und Gleichschaltung der Exerzierreglements erreicht worden. Wir sind überzeugt davon, daß die wirtschaftliche und politische Integrierung Europas fortschreiten wird. Sie wird aber organisch wachsen müssen, und man sollte in Amerika ernstlich nachprüfen, ob die dort herrschende Vorstellung vom Vereinigten Europa richtig ist und das angestrebte Ziel sicherstellen kann oder ob sich neue bessere Wege finden lassen. (sk)

Dr. L. Stern, Kobe

Japan sucht neue Wege

Der Sieg der Republikaner in den USA. mit General Eisenhower an der Spitze wurde in Japan keineswegs mit großem Enthusiasmus aufgenommen. In den Wirtschaftskreisen befürchtet man, daß Uncle Sam unter Führung der Republikaner sparsamer mit den Dollars umgehen wird und die reichliche Dollarhilfe gegenüber Japan stark reduzieren wird. In den Regierungskreisen ist

man weniger pessimistisch, und man versucht, die öffentliche Meinung zu beruhigen, indem man hervorhebt, daß in der künftigen Regierung des Präsidenten Eisenhower Männer wie Dulles und Dodge Schlüsselstellungen einnehmen, Männer, die Japan viel zu gut kennen, die politische und strategische Bedeutung Japans zu schätzen wissen und folglich durch etwaige Dollarkürzungen Japans

Wirtschaft nicht gefährden werden. Wenn auch die Stimmung heute ruhiger geworden ist, so besteht doch noch immer das Gefühl der Unsicherheit, ob Japan auch künftighin auf USA.-Hilfe in gleichem Umfang rechnen kann. Die Dollarhilfe ist bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage Japans von vitaler Bedeutung. Japans Handelsbilanz ist passiv, und dieses Passivum wird mit der Dollarhilfe bezahlt. Japans Außenhandel zeigte für das Jahr 1951 folgendes Bild: Ausfuhr 1,353,968,000 \$, Einfuhr 1,641,019,000 \$; also ein Passivsaldo von 287,051,000 \$. Mit Fracht- und Versicherungskosten stellte sich dieses Passivum für 1951 auf 554,129,000 \$.

Japan erhielt 1951 von den USA. in der Form von Armeelieferungen, Bezahlungen der Besatzungsarmee, direkter Hilfe und Krediten 621,365,000 \$, und dieser ansehnliche Betrag entspricht etwa 46% des gesamten Exporteinkommens für das Jahr 1951.

Das Jahr 1952 wird keine allzu großen Veränderungen aufweisen, vielleicht waren die Einkünfte von USA.-Dollarzahlingen geringer, und so ist kaum anzunehmen, daß für das Jahr 1952 ein Aktivposten von Dollar bestehen bleibt. In der zweiten Hälfte 1952 waren die Dollarkürzungen größer als in der ersten Hälfte des Jahres. Japan hat aber 1952 im unsichtbaren Export ganz befriedigende Erfolge erzielt, und so wird es auch in diesem Jahr den Einfuhrüberschuß mit seiner Dollarreserve noch bezahlen können. Schwierigkeiten können erst dann auftreten, wenn die Dollarhilfe reduziert wird oder wenn die Inkonvertibilität zwischen Dollar und Pfund zugunsten Japans keine Lösung erfahren sollte. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage versucht Japan, seinen Rohstoffbedarf außerhalb des Dollargebiets zu beschaffen. Bisher war Japan gezwungen, den größeren Teil seines Rohstoffbedarfes aus dem Dollargebiet zu beziehen, und hatte die Fertigprodukte dann in das Sterlinggebiet ausgeführt, wodurch in seiner Handelsbilanz Störungen aufgetreten sind.

Japans größtes Wirtschaftsproblem ist gegenwärtig die ungünstige Handelsbilanz zwischen Dollar- und Sterlinggebiet. Japan führt in das Dollargebiet Rohseide, Seidenstoffe, Porzellan, Stahlplatten, Photoapparate und Nähmaschinen aus. Diese Produkte sind aber für das Dollargebiet von keiner allzu großen Bedeutung. Eine formelle Ausfuhr in dieses Gebiet ist nur dann möglich, wenn hochwertige Waren bei niedrigen Preisen offeriert werden, was aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige Preisgestaltung der japa-

nischen Industrie kaum erfolgen kann. Die Einfuhr Japans vom Dollargebiet umfaßt in erster Linie Baumwolle (mehr als die Hälfte seines Bedarfes an Baumwolle bezieht Japan aus den USA.), Weizen, Gerste, Roggen, Zucker, Sojabohnen, Koks, Erdöl und Roh-eisen.

Japans Ausfuhr in das Sterlinggebiet besteht aus Textilprodukten, Eisen- und Stahlerzeugnissen und Maschinen. Die Einfuhr umfaßt Baumwolle, Wolle, Reis und Rohgummi. Japans Export in das Sterlinggebiet war 1951 so gering, daß es mangels konvertierbarer Pfunde nicht in der Lage war, Rohstoffe aus dem Sterlinggebiet einzuführen. Einer aktiven japanischen Ausfuhr in dieses Gebiet stand die Dollarklausel des anglo-japanischen Zahlungsabkommens im Wege. Erst im August 1951, als diese Klausel verschwand, erhöhte sich Japans Ausfuhrvolumen sprunghaft. In den eingeweihten Wirtschaftskreisen sieht man den Bestrebungen der Erhöhung der Ausfuhr in das Dollargebiet mit Besorgnis entgegen. In Japan hat

die protektionistische Zollpolitik der USA., die die japanische Fischereindustrie bedroht, zu heftiger Kritik Anlaß gegeben. In den offiziellen Kreisen Japans ist man der Auffassung, daß in gewissen Zollpositionen Ermäßigungen eintreten werden, vor allem für Thunfischkonserven eine Reduktion der Zollgebühren erzielt werden kann. Die Ausfuhr von Fischkonserven allein wird aber Japans Wirtschaft kaum retten können.

Die japanische Wirtschaft befindet sich nun am Scheideweg und ist bemüht, ihre bisherige Struktur zu ändern. Weitgehende Pläne bestehen dafür, daß künftighin die schwerchemische Industrie die Leichtindustrie, vor allem die Baumwollindustrie, ersetzen soll. In der letzten Zeit werden Forderungen japanischer Wirtschaftskreise immer lauter, die die sofortige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China wünschen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Ausfall Chinas als Handelspartner für die japanische Wirtschaft einen unersetzlichen Schaden bedeutet. Vor

dem Krieg gingen 50% der Gesamtausfuhr Japans in die asiatischen Länder, und von dieser Menge wurde wieder etwa die Hälfte in China abgesetzt. Ebenso führte Japan vor dem Krieg mehr als 40% des gesamten Einfuhrbedarfes aus den asiatischen Staaten ein; und von dieser Einfuhrmenge entfiel wiederum 40% auf China. So bezog Japan vor dem Krieg aus China Lebensmittel, Eisenerze und Kohle wie auch Baumwolle, die es mit seinen Industrieprodukten bezahlte.

Im Juli 1952 haben offizielle Kreise Japans bereits um die Milderung des Battle Act nachgesucht. Nach schwierigen Verhandlungen wurden gewisse Erleichterungen erzielt, und die Ausfuhr von Nähmaschinen und Farbstoffen von Japan nach China wurde erlaubt. Die Wirtschaftskreise Japans drängen zur Aufnahme der Handelsbeziehungen. In Japan glaubt man in Regierungskreisen, daß eine Revision der gegen Peking verhängten Embargopolitik nicht nur Japan, sondern auch dem Welt-handel dient.

Prof. Dr. Andreas Predöhl, Kiel

Politische Nationalökonomie?

Die Diskussionen, die innerhalb und außerhalb der Wirtschaftswissenschaft um das Problem Marktwirtschaft/Planwirtschaft geführt werden, haben in Röpkes Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 27. September mit dem Titel „Was lehrt Keynes? Alte, neue und wahre Ökonomie“ einen neuen Höhepunkt gefunden. Dort wird uns die Nationalökonomie geschildert als eine Wissenschaft, die „in zwei kaum versöhnliche, ja kaum noch miteinander diskutierende Lager zerrissen ist“, die „alte“ und die durch Keynes begründete „neue“ Nationalökonomie.

Wie immer die Keynesschen Lehren in den verschiedenen Schulen, die es in der Wirtschaftswissenschaft wie in jeder anderen Wissenschaft gibt, im einzelnen beurteilt werden mögen, sie haben in der echten Wissenschaft keineswegs zu einer Spaltung geführt. Sie haben im Gegenteil die herkömmliche langfristige Betrachtung, die in der modernen Gleichgewichtstheorie ihren Höhepunkt gefunden hatte, durch eine unter den aktuellen Verhältnissen unentbehrliche kurzfristige Betrachtung, die in Ungleichgewichten und Gleichgewichten bei Unterbeschäftigung denkt, nicht ersetzt, sondern höchst fruchtbar ergänzt.

Ein unversöhnlicher Gegensatz hat sich nur zwischen zwei kleinen Gruppen innerhalb der Wissenschaft aufgetan, die diese Lehren dogmatisiert und sich damit zu geistigen Führern politischer Richtungen aufgeworfen haben. In der Tat verdankt Keynes, ebenso wie Adam Smith und Karl Marx, seine epochale

praktische Wirkung der Tatsache, daß er eine theoretische Lehre in einem Zeitpunkt brachte, in dem sie einer politischen Situation auf den Leib geschrieben war. Das gilt aber nicht minder für die sogenannten neoliberalen Lehren nach dem zweiten Weltkrieg, die in sublimierter Form von Eucken und seiner Schule, in größerer von Autoren wie Röpke und Hayek in den Dienst eines politischen Kampfes gestellt worden sind.

Lenkung oder Nichtlenkung: ein Scheinproblem

Grundsätzlich ist die Frage Marktwirtschaft oder Planwirtschaft — richtiger müßten wir sagen automatische oder gelenkte Wirtschaft — ein Scheinproblem. Der liberale Marktmechanismus ist im Zuge der Entwicklung zwangsläufig entartet. Der freie Wettbewerb entwickelte aus sich heraus Monopole auf der einen, ruinöse Konkurrenz auf der anderen Seite, die den freien Ausgleichsmechanismus der liberalen Zeit zum Erliegen brachten, sobald die Voraussetzungen des 19. Jahrhunderts, namentlich die Möglichkeit des Ausweichens in neue Räume, nicht mehr gegeben waren.

Am deutlichsten zeigt sich das in der Verbildung des Konjunkturzyklus. Während die Depressionsphase im klassischen Zyklus die legitime Aufgabe hatte, die Wirtschaft nach dem Rückschlag neu zu ordnen und zu neuem Aufschwung vorzubereiten, der die Arbeitslosen regelmäßig wieder aufsaugte, wurde sie dieser Aufgabe nach dem ersten Weltkrieg immer weniger gerecht. Die Krise von 1929 vollends führte zu so andauernder Depression und so umfangreicher Massen-